



# HESSISCHER LANDTAG

08. 07. 2015

Plenum

## **Antrag der Fraktion der SPD**

### **betreffend Landesaktionsprogramm gegen Salafismus und politisch religiösen Extremismus**

Mit dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend Gefahren durch radikalen Islamismus begegnen - gemeinsames gesellschaftliches Signal setzen (Drs. 19/634) hat der Hessische Landtag eine Anhörung zum Thema Salafismus beschlossen. Diese wurde am 16.01.2015 und am 22.01.2015 mit knapp 50 Anzuhörenden aus Wissenschaft und Praxis durchgeführt.

Den Ergebnissen der Anhörung zufolge hat insbesondere die Salafisten-Szene weiterhin Zulauf, auch in Hessen. Die Anwerbung für die in der Regel in kleineren Gruppen Aktiven läuft vor allem über persönliche Kontakte. Internetaktivitäten werden begleitend eingesetzt, dienen der Kommunikation untereinander und als Propagandainstrument.

Vermittelt wird ein einfaches, dualistisch-dichotomisches, in "gut" und "böse" eingeteiltes Weltbild. Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund, männlich und weiblich, die häufig in unserer Gesellschaft ihren Platz nicht gefunden haben, sind es in aller Regel, die angesprochen werden und anfällig für die Theorien der Salafisten sind. Die Salafisten-Szene vermittelt ihnen das Gefühl von Sicherheit, bietet ihnen Gemeinschaft und einfache Lösungen. Sie gibt ihnen Halt in einer Gesellschaft, die anscheinend nicht die ihre ist. Sie verspricht Zukunft in einer Zeit, in der junge Menschen Orientierung suchen und Antworten auf Fragen haben wollen. Darin gleicht die Salafisten-Szene anderen heutigen und früheren extremistischen Gruppierungen.

Die Salafisten-Szene ist zum größten Teil männlich, dennoch sind auch junge Frauen dort aktiv. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass es sich um ein vorübergehendes jugendkulturelles Phänomen handelt, das sich von alleine lösen wird, denn ein Teil der Ursachen verweist auf allgemeinere und tieferliegende Probleme jugendlicher Identitätsbildung. Eine nicht unerhebliche Zahl von Jugendlichen, deren Eltern und Großeltern zu uns eingewandert sind, lebt in mehreren "Welten". Diese fühlen sich einerseits den Traditionen ihrer Herkunftsländer verpflichtet, schätzen andererseits aber auch bestimmte Aspekte der westlichen, liberalen Atmosphäre. Während viele dies als Bereicherung sehen, vermisst ein Teil, insbesondere der männlichen Jugendlichen in sozial schwierigen Verhältnissen in dieser Gruppe oft starke männliche Vorbilder. Für sie ist es auch am schwierigsten, Fuß im beruflichen Leben zu fassen. Sie kommen vielfach schon in der Schule nicht zurecht.

Vereine und offene Jugendarbeit erreichen diese jungen Menschen derzeit oft nicht. Bei den Jugendorganisationen der Parteien sind sie Ausnahmefälle. Selbst die Moscheegemeinden erreichen nur einen Bruchteil dieser Jugendlichen. Allenfalls in Fußballvereinen findet sich ein relevanter Teil Jugendlicher mit Migrationshintergrund. Aber auch hier beteiligen sich in der Regel nicht die Jugendlichen, die durch die Salafisten-Szene ansprechbar sind.

Die soziale Integration ist bei diesen jungen Menschen prekär oder - zumindest vorläufig - gescheitert. Diese ist aber unabdingbar, um sie zu gleichberechtigten und sich gleichberechtigt fühlenden Mitgliedern unserer Gesellschaft zu machen und ihnen die nötige Ich-Stärke zu geben, damit sie nicht radikalisiert werden und die primitiven, eigennützigen Argumentationsmuster der Prediger durchschauen können.

Neben der Bekämpfung der Salafisten-Szene mit den rechtstaatlichen Mitteln von Polizei und Justiz ist daher ein geschlossenes, zielgerichtetes und auf Dauer angelegtes Präventionsprogramm, das alle Bereiche des Lebens junger Menschen umfasst, die wichtigste Maßnahme, um den religiösen Extremisten den Nährboden zu entziehen. Als Grundsatz muss gelten, dass nicht in erster Linie die radikalisierten Jugendlichen als Personen, sondern das radikale Gedankengut bekämpft wird.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung und Prävention von Salafismus und politisch-religiösem Extremismus aufzulegen.
2. Der Hessische Landtag ist der Auffassung, dass ein solches Konzept insbesondere in den folgenden Bereichen Maßnahmen vorsehen muss:

a) **Bildungsarbeit:**

- Den konkreten Inhalten der Verfassung als Bildungsauftrag an sich sollte ein höherer Stellenwert zugesprochen werden. Das Verständnis für die in unserer Gesellschaft geltenden Wertvorstellungen und Normen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung müssen Schülerinnen und Schüler durch moderne Formen interkultureller politischer Bildung lebensräumlich erfahrbar gemacht werden. Dies kann einerseits dadurch geschehen, dass ihnen konkrete Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten aufgezeigt und direkt im schulischen Kontext erprobt werden. Andererseits müssen sie theoretisch und praktisch an Pluralismus bzw. Vielfalt als in allen Lebensbereichen wirksames Prinzip herangeführt werden. Dazu gehören auch die Auseinandersetzung mit verschiedenen politischen, kulturellen und religiösen Ansätzen sowie die Vermittlung von für eine selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe wichtigen Kompetenzen und Kenntnissen. Beim Zugang zu weltanschaulichen, philosophischen und religiösen Fragen im Unterricht besteht Nachholbedarf.
- Um Kinder und Jugendliche auf die zukünftigen Anforderungen vorzubereiten, sind interreligiöse und interkulturelle Kompetenzen unabdingbar. Zugleich sind sie ein Grundbedürfnis vieler junger Menschen, die Orientierung suchen und deren Persönlichkeit und Identität um vielfältige Erkenntnisse der Migrationserfahrung erweitert ist. Deshalb müssen sie bereits in der Schule vermittelt werden.
- Der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht durch verfassungskonforme Träger an allen Grund- und weiterführenden Schulen muss zeitnah und flächendeckend eingeführt werden. Die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie ebenso wie islamischer Fundamentalismus und Terrorismus sowie ethische Fragen müssen in der Schule verstärkt thematisiert werden.
- Islamkundliche Elemente müssen im Rahmen der Lehrerbildung angeboten, interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen als Pflichtmodule in das Lehramtsstudium integriert werden. Es sollten Workshops für Lehrkräfte zur Prävention und Früherkennung von extremistischer Radikalisierung durchgeführt werden. Es ist außerdem erforderlich, den Anteil der Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund zu erhöhen.
- Schule muss ein Ort freien, fairen und gleichen Zugangs zu allgemeiner Bildung sein. Ein inklusives Bildungssystem ist erforderlich, um ethnischer und sozialer Segregation entgegen zu wirken, um individualisierte Förderstrategien zu entwickeln und umzusetzen und um die starke soziale Selektivität des Schulsystems zu beseitigen. "Migrantische Communities" müssen einbezogen werden, um die Bildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen.
- Es ist ein Paradigmenwechsel weg von einer Defizitorientierung hin zu einer Ressourcenorientierung im hessischen Schulsystem erforderlich. Die Mehrsprachigkeit und hybride Identitäten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund müssen respektiert und als Vorteil angesehen werden, um ein Zugehörigkeitsgefühl zum Gemeinwesen zu stärken und einer möglichen Radikalisierung den Nährboden zu entziehen.
- Mindestens eine Lehrkraft muss als Beratungslehrkraft gegen Extremismus Ansprechpartner/in in der Schule sein, auch um individuelle Präventions- und Interventionsstrategien zu entwickeln. Zur Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer muss ihnen vor Ort ein leicht zugängliches Beratungsnetzwerk zur Verfügung stehen, mit einem breiten Angebot an Unterstützungs- und Austauschmöglichkeiten. Gerade Pädagoginnen und Pädagogen brauchen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen eine hohe Professionalität und ein hohes Maß an sozialer, interkultureller und interreligiöser Kompetenz und Glaubwürdigkeit. Diese Erfordernisse müssen sich in der Lehrerbildung sowie der Fortbildungs- und Beratungsinfrastruktur niederschlagen.
- Außerschulische Lernorte (Museen, Bildungsstätten, Moschee-Gemeinden etc.) müssen stärker in den Unterricht mit einbezogen werden. Dazu gehö-

ren auch die Beschäftigung und Auseinandersetzung mit antipluralistischen Gesellschaftsentwürfen sowie ihren historischen und aktuellen Verfechtern. Die unterrichtliche Behandlung der NS-Zeit muss hier an die Realitäten einer zunehmend multikulturellen, multiethnischen und multireligiösen Schülerschaft angepasst werden, in der es andere biografische und familiäre Bezüge zur NS-Herrschaft und dem Holocaust gibt und in der andere Traditionen und Erscheinungsformen von Nationalismus, Ethnozentrismus und von antisemitischen Vorurteilsstrukturen bestehen. Eindeutigkeitsangebote, wie sie von Salafisten benutzt werden, die das friedliche Zusammenleben verschiedener Religionen und Weltanschauungen verneinen, sind infrage zu stellen und in den Fächern der Werteerziehung (Politik, Religion, Philosophie) nicht nur aus weltanschaulicher Perspektive zu behandeln.

- Antisemitismus muss als wichtige Indoktrinationsquelle salafistischer Ideologie und Rekrutierung erkannt und im Rahmen einer Gesamtstrategie gegen Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bekämpft werden. Dass Feindseligkeit gegenüber Juden eine zentrale Triebfeder des Islamismus darstellt, ist nicht erst seit dem terroristischen Anschlag auf einen jüdischen Supermarkt in Frankreich am 9. Januar 2015 deutlich geworden. Antisemitismus ist aber auch ein Problem vieler islamisch geprägter Communities, die diesen im Gegensatz zur Islamfeindlichkeit häufig nicht als Rassismus definieren. Hinzu kommt der Antisemitismus von Deutschen ohne Migrationshintergrund mit einer ebenso stark islamophoben Vorurteilsstruktur. Antisemitismus ist häufig ein - im negativen Sinne - verbindendes Element quer durch die Gesellschaft.
- Salafistischen und anderen islamistischen Gruppierungen dient ein offensiver Antisemitismus als wichtige Indoktrinationsquelle bei der Anwerbung von neuen, jungen Mitgliedern. Ihre Opfer wissen häufig wenig bis gar nichts über die dahinterstehenden politischen Prozesse und sind den Missionierungsversuchen folglich hilflos ausgeliefert. Von zentraler Bedeutung ist darum eine offene Gesprächs- und Debattenkultur in der Gesellschaft, in den Schulen und in außerschulischen Bereichen wie in Jugendeinrichtungen und Vereinen, die die Werte unserer freiheitlichen Kultur gegen radikales, intolerantes Gedankengut stark macht und verteidigt.
- Im Schulsystem sind strukturelle Veränderungen notwendig: kleinere Klassen, individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern (Nachhilfe, Hausaufgabenbetreuung), Entlastung der Lehrkräfte (Entlastungsstunden), Schülerinnen und Schülern altersgerecht Verantwortung übertragen (etwa in projektorientiertem Unterricht und durch Förderung ehrenamtlichen Engagements), herkunftssprachlicher Unterricht (v.a. Türkisch/Arabisch) vermehrt und zudem auch an Berufsschulen anbieten, intensive Werbung für eine Teilnahme aller Schülerinnen und Schülern an allen schulischen Freizeitangeboten (Wandertage, Schwimmen, Konzerte etc.).
- Für eine bessere soziale Integration und individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen brauchen wir mehr echte Ganztagschulen. Sie bieten durch ihr Mehr an Zeit bessere Voraussetzungen für eine neue Lehr- und Lernkultur und verzahnen außerdem Unterricht und außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote besser. Dadurch gelingt es eher, Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund vergleichbare Bildungschancen einzuräumen.

**b) Außerschulische Jugendarbeit und außerschulische Jugendbildung/Schulsozialarbeit**

- Die Intensivierung und Professionalisierung der gemeindlichen Jugendarbeit durch muslimische Glaubensgemeinschaften soll durch geeignete Maßnahmen unterstützt werden, da sie bei der Bekämpfung des gewaltbereiten Islamismus eine zentrale Rolle spielen kann. Moscheegemeinden und islamische Verbände, die auf diese Weise in der Jugendarbeit tätig sind, sollten als Träger der Jugendarbeit anerkannt und in die entsprechenden Strukturen (Jugendhilfeausschüsse, Jugendringe) einbezogen werden.
- Muslimische Glaubensgemeinschaften und Moscheevereine sollen bei der Entwicklung attraktiver Angebote für junge Muslime und beim Aufbau einer gemeindlichen Jugendarbeit unterstützt werden. Durch Bindung an die Gemeinde und Übernahme von Verantwortung in der Gemeinde, insbesondere in der Jugendarbeit, können Jugendliche zur gesellschaftlichen Teilhabe ermuntert werden. Muslimische Jugendliche werden so auch darin gefördert, eine authentische, selbstbestimmte Identität zu entwickeln.

- Muslimische Jugendliche brauchen Vorbilder auch in den Moscheegemeinden. Jugendpädagoginnen und Jugendpädagogen können dabei als Ansprechpartner und positive Vorbilder in der Moscheegemeinde dienen.
- Die Jugendzentren und die Arbeit mit Jugendlichen müssen - insbesondere in sozialen Brennpunkten und Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - signifikant ausgebaut werden. Konkrete Angebote zur gesellschaftlichen Teilhabe und attraktive Freizeitangebote bieten gute Möglichkeiten, um jungen Menschen Alternativen zu den Ideologien der Salafisten zu geben und sie dem Einfluss der radikalen Kräfte zu entziehen.
- Jungen Menschen müssen Perspektiven in unserer Gesellschaft geboten werden, es ist wichtig, ihnen ein Gefühl der Zugehörigkeit zu vermitteln: Mitbestimmung und Beteiligungsstrukturen in demokratischen Prozessen, Unterstützung bei der Erlangung von Schulabschlüssen, breite Akzeptanz der Religionszugehörigkeit, Abbau von Diskriminierung, Kooperation mit radikalisierten Jugendlichen statt Verweis. Darüber hinaus ist eine Kultur der offenen Kommunikation mit Behörden bei Vorfällen notwendig.
- Eine wichtige Rolle für den weiteren Lebensweg spielt vor allem der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Auch und insbesondere bei bereits straffällig gewordenen Jugendlichen gilt es, die Ausbildungschancen (auch im Justizvollzug) zu verbessern, um alternative Lebenswege aufzeigen zu können. Für den Weg in ein straffreies Leben erscheint auch der Ausbau der (muslimischen) Gefängnisseelsorge dringend notwendig. Dies kann ein Weg für eine tatsächliche, inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Islam sein und gleichzeitig den Missbrauch der Religion durch den dschihadistischen Salafismus vor Augen führen.
- Internationale oder interkulturelle Jugendbegegnungen müssen gefördert und intensiviert werden. Jugendbegegnungen sind immer ein Stück Abenteuerreise, bieten den Jugendlichen die Möglichkeit, sich sinnvoll zu engagieren, kulturelle Vielfalt zu erleben, Erfahrungen zu sammeln, sich für Frieden, Versöhnung und Gerechtigkeit einzusetzen und Vorurteile abzubauen.
- Sozialpädagogische Unterstützung an Schulen muss zum Regelfall werden. Schulsozialarbeit, Streetworker und Beratungsstellen können die Radikalisierung muslimischer Jugendlicher verhindern. Anwerbeversuche von Salafisten an Schulen oder im Umfeld von Schulen müssen verhindert werden, da hier durch persönliche Kontaktaufnahme die meisten Einstiegsprozesse beginnen.
- Muslimische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Träger müssen in die Schulsozialarbeit integriert werden: In ganz Hessen gibt es bisher keinen muslimischen Träger für Jugendhilfe. Dies muss sich ändern. Insbesondere Absolventinnen und Absolventen der islamischen Theologie könnten mit einem Zusatzstudium der Sozialpädagogik dazu beitragen, wichtige Verständigungsbrücken zwischen Schulen, Moscheegemeinden und muslimischen Familien zu bauen.
- Die Landesregierung wird daher aufgefordert, im Zusammenwirken mit den Kommunen, den Jugendverbänden und weiteren Fachleuten ein Programm zum Ausbau und zur Weiterqualifizierung der kommunalen und verbandlichen Jugendarbeit, der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendsozialarbeit und der Schulsozialarbeit zu entwickeln und die für dessen Umsetzung nötigen Ressourcen bereitzustellen.

### c) Antidiskriminierungs- und Aufklärungsarbeit

- Um der Diskriminierung von Muslimen und der steigenden Islamophobie vorzubeugen, muss ein aufklärend-differenzierendes Bild über den Islam und über Musliminnen und Muslime in Deutschland vermittelt werden. Hierfür ist es erforderlich, Integrationserfolge im Arbeits- und Wirtschaftsleben, in der Bildung, im sozialen und gesundheitlichen Sektor sowie in Recht und Politik stärker herauszustellen. Dies wirkt in doppelter Hinsicht: Zum einen werden Vorurteile in der Bevölkerung abgebaut, zum anderen werden den jungen Menschen mit Migrationshintergrund positive Vorbilder geboten.
- Das Bild von Muslimen in der Öffentlichkeit ist nach wie vor stark von negativen Stereotypen und Vorurteilen geprägt. Eine diesem entgegenwirkende gesellschaftliche Initiative wäre dringend wünschenswert. Hierzu könnte ein entsprechender runder Tisch, zu dem die Landesregierung einlädt, ein wichtiger Schritt sein. Eine Vertretung der Muslime im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks ist auch vor diesem Hintergrund äußerst wünschenswert.

- Nach der aktuellen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuchverbot (Beschluss vom 27. Januar 2015 - 1 BvR 471/10) sind eine zeitnahe Überprüfung und Änderung der landesgesetzlichen Regelung in Hessen zum Kopftuchverbot unumgänglich.
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren müssen entsprechend ausgebildet und geschult werden. Dafür ist es notwendig, dass Menschen, die in Jugendzentren, in der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit, in Vereinen und an Schulen, aber auch in der Polizei, den Sicherheitsbehörden der Justiz und insbesondere dem Justizvollzug tätig sind, über Salafismus informiert und für die Radikalisierungsprozesse sensibilisiert werden. Gerade im Justizvollzug besteht so die Chance, potenzielle Rekrutierungen in der Haft frühzeitig zu erkennen. Derartige Qualifikationsangebote müssen berufs begleitend, interkulturell und interreligiös angeboten werden. Berufsbegleitende sowie berufsvorbereitende Trainings müssen in die standardmäßigen Aus- und Weiterbildungen von Fachkräften integriert werden.
- Die Aufklärungsarbeit mit dem "Peer-Education-Ansatz" muss gefördert werden. Bei Aufklärungs- und Bildungsprojekten, die sich an Kinder und Jugendliche richten, sollte verstärkt auf die bewährte "Peer-Education" zurückgegriffen werden. Hierbei werden Kinder und Jugendliche von etwa Gleichaltrigen "auf Augenhöhe" weitergebildet.
- Demokratieerziehung ist das beste Aufklärungs- und Präventionsprogramm. Deshalb müssen schulische sowie außerschulische demokratiepädagogische Angebote umfassend gefördert und unterstützt werden.
- Die Medienkompetenz von Fachkräften sowie von Kindern und Jugendlichen muss gestärkt werden, da salafistische Prediger ihre demokratiefeindliche Ideologie verstärkt über das Internet verbreiten und damit versuchen, Anhänger zu werben.
- Eine bessere Vernetzung der einzelnen Bundesländer auch im behördlichen Bereich sowie insgesamt eine Verbesserung der Personalsituation vor allem in Polizei und Justiz ist zwingend erforderlich, um von bereits bestehenden Aufklärungs-, Beratungs- und Informationsstrukturen profitieren zu können und den neuen umfangreichen Aufgabenbereichen besser begegnen zu können.
- Um eine breit angelegte und flächendeckende Aufklärungs- und Bildungsarbeit, insbesondere in Schulen und Moscheevereinen, zu ermöglichen, soll die Landesregierung im Zusammenwirken mit den Moscheegemeinden eine entsprechende Initiative entwickeln und für deren finanzielle und personelle Absicherung sorgen.
- Um den Jugendlichen authentische Vorbilder zu liefern, muss sichergestellt werden, dass Personalstellen in der Aufklärungs- und Präventionsarbeit auch mit Musliminnen und Muslimen besetzt werden.

**d) Austausch, Beratung, kommunale Vernetzung**

- Angehörige, Schulen, Vereine und andere Organisationen brauchen direkt vor Ort eine Anlaufstelle für Beratung, die sie auch mit lokaler Aufklärungsarbeit unterstützen kann. Dafür ist der Aufbau eines kommunalen Beratungsnetzwerks erforderlich. Dieses Netzwerk soll auch die Zusammenarbeit von Schule, Sozialarbeit, Jugendhilfe und Eltern gewährleisten.
- Ergänzend zu den kommunalen Beratungsstrukturen muss eine zentrale Landeskoordinierungsstelle geschaffen werden. Diese soll den Bedarf an Aufklärungs-, Beratungs-, Informations- und Schulungsangeboten abdecken. In der landesweit tätigen zentralen Stelle kann auch auf Best-Practice-Beispiele, Konzepte und Wissen aus lokalen Projekten verwiesen werden. So kann darüber hinaus eine Plattform geschaffen werden, über die sich die Praxis austauschen kann.
- Auf Landesebene bedarf es einer Institution, die zum Austausch über und zum präventiven Vorgehen gegen religiöse Konflikte dient. In diesem Gremium sollten alle großen Religionsgemeinschaften sowie weitere wichtige zivilgesellschaftliche Akteure, wie die Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und politische Parteien vertreten sein.
- Um die Präventionsarbeit gegen Salafismus voranzutreiben, ist die Einrichtung regelmäßiger Landesfachtagungen oder -messen unerlässlich. Hier können im Rahmen von Fachvorträgen und Workshops neue Erkenntnisse und Herangehensweisen vorgestellt werden und der Austausch von in der

Präventionsarbeit tätigen Personen, Organisationen und Einrichtungen (z.B. auch Schulen) gefördert werden.

- Die Ausstiegsbegleitung, Betreuung der Rückkehrer und Rückkehrerinnen sowie die pädagogische Präventionsarbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen muss deutlich intensiv und verstärkt gefördert werden. Es muss vermieden werden, dass Rückkehrer in Gefängnissen noch stärker kriminalisiert und radikalisiert werden.

**e) Angehörigen-, Eltern- und Opferarbeit**

- Die Aufklärungsarbeit, Beratungsprogramme und Informationsangebote müssen sich explizit auch an Eltern und Angehörige richten, da das soziale Umfeld eine Schlüsselfunktion in der Prävention und Intervention darstellt. Sie sind oft die ersten, die ein Abdriften und weitere Radikalisierungsverläufe erkennen und rechtzeitig intervenieren können. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Violence Prevention Network (VPN). Es soll durch Deradikalisierungsarbeit dabei helfen, ideologisch gefährdete Menschen zu erreichen. Bei extremistisch motivierten Gewalttätern soll das VPN dazu beitragen, das Verhalten zu ändern, um ein eigenverantwortliches Leben zu führen und Teil des demokratischen Gemeinwesens zu werden. Angehörige als Ansprechpartner sind für die Arbeit des VPN unerlässlich, über sie entsteht meist der erste Kontakt. Die Zusammenarbeit mit Angehörigen dient auch dem Ziel, die erzieherische Präsenz und die Kommunikations- und Konfliktfähigkeit der Eltern zu stärken. Um effektiv arbeiten zu können bedarf es jedoch eines Ausbaus und einer Verbesserung der finanziellen Ausstattung.
- Angehörige von Salafisten brauchen den Austausch untereinander, daher ist ein landes- oder bundesweites Angehörigentreffen zu unterstützen. Angebote für Menschen, die sich vom Salafismus lossagen und den Weg zurück in die Gesellschaft finden möchten, sowie für deren Familien, Freunde und Bekannte sind zu entwickeln bzw. auszubauen.
- Opferarbeit und Opferberatung, die sich auf die Anliegen der Betroffenen fokussieren und die die Arbeit von Opferverbänden mit Behörden intensivieren, müssen einen hohen Stellenwert innerhalb des Gesamtkonzepts bekommen.
- Eltern müssen konzeptionell und manchmal auch sprachlich besser eingebunden werden. Dies setzt voraus, dass Elternversammlungen unter Umständen mit interkulturellen Vermittlern durchgeführt werden und dass Bildungsangebote für Mütter mit Migrationshintergrund weiter ausgebaut werden.

Wiesbaden, 8. Juli 2015

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**